

Protest gegen Ausverkauf auf Bauernhöfen

Grundverkehrsexperte Axel Fuith warnt davor, Freizeitwohnsitze auf Bauernhöfen zu ermöglichen. In der ÖVP gibt es bereits heftige Debatten.

Von Peter Nindler

Innsbruck – Warum öffnet der ÖVP-Bauernbund in der Raumordnungsdebatte die Büchse der Pandora, indem er Freizeitwohnsitze auf Bauernhöfen verlangt? Dass damit bisherige „schlampige Mietverhältnisse“ legalisiert werden? Daran glaubt niemand, weil es kaum Probleme damit gegeben hat, auch wenn Wohneinheiten langfristig vermietet wurden. Profitieren würden nur einige wenige von Freizeitwohnsitzen, deshalb wird hinter den Kulissen eher ein politisches Muskelspiel des VP-Bauernbundes für seine Klientel vermutet. Man will in der Raumordnungsnovelle einen Erfolg vorweisen.

„Aber zu einem hohen Preis“, wie der Grundverkehrsexperte und Rechtsanwalt Axel Fuith betont. Denn mit der Genehmigung eines Freizeitwohnsitzes werden diese laut Fuith auch für Nicht-Bauern handelbar, „obwohl die Bauern nur vermieten wollen“. Letztlich widerspreche dies dem Prinzip, keine neuen Freizeitwohnsitze in Tirol zuzulassen.

Neue Ferienwohnungen auf Almhütten sorgen ebenfalls für Kontroversen. Der Obmann von Urlaub am Bauernhof, Johann Hörtnagl, spricht sich dafür aus. „Das Angebot an der Vermietung von Hütten ist geringer als die Nachfrage“, verweist er auf Erfolgsmodelle etwa in Kärnten. Dass damit Freizeitwohnsitze durch die Hintertür geschaffen werden

könnten, befürchtet er nicht. „Es geht nur um die Vermietung zu Urlaubszwecken.“

In der ÖVP ist bereits eine Auseinandersetzung entbrannt. Wirtschaftsbundobmann Jürgen Bodenseer bezeichnet Freizeitwohnsitze auf Bauernhöfen als „Schnapsidee“ und warnt vor dem Ausverkauf der bäuerlichen Kulturlandschaft. In der VP-Zentrale soll man davon gar nicht angetan sein, will man den Bauern offensichtlich doch entgegenkommen.

Klare Worte findet Impulsmandatar Josef Schett: Ferienwohnungen und Freizeitwohnsitze auf Almen und Bauernhöfen seien der komplette Ausverkauf der Heimat und eine „Verkitzbühelung“ Tirols bis in die höchsten Regionen und eine Kulturentfremdung. Hingegen bräuchte es bessere Regelungen für die Vermietung von landwirtschaftlichen Nebengebäuden und Almhütten im Rahmen von Urlaub am Bauernhof.

Die Liste Fritz wirft Schwarz-Grün vor, dass sie nicht in der Lage sei, das geltende Gesetz zu den Freizeitwohnsitzen zu kontrollieren, „aber andererseits die ÖVP laut über zusätzliche Freizeitwohnsitze nachdenkt“, wie Klubchefin Andrea Haselwanter-Schneider kritisiert. Für SPÖ-Chef Ingo Mayr blockiert die „bäuerliche Klientelpolitik die Raumordnung“. Vielmehr sollte sich die Regierung intensiv mit Vorbehaltsflächen für den geförderten Wohnbau beschäftigen.

Innsbruck – Bei den Bezirkshauptleuten geben sich derzeit die Bürgermeister die Klinke in die Hand bzw. klappern umgekehrt die Bezirkshauptleute im Stakkato die Gemeinden ab. Verordnetes Ziel der Landesregierung ist, Asylquartiere aufzutreiben. 1300 fehlen, rund 150 Gemeinden haben noch keinen einzigen Asylwerber aufgenommen. Nachdem das mit der Freiwilligkeit nicht so ganz funktioniert hat, haben Landeshauptmann Günther Platter und Gemeindeferent Johannes Tratter ein „Anreizsystem“ ins Leben gerufen. „Gemeinden, die sich in der Asylfrage solidarisch zeigen, werden auch engagierter unterstützt“, erklärt Tratter gegenüber der *TT*. Die Frage ist wie genau und mit welchem Geld. Dem des Landes oder mit dem aus dem Gemein-

„Das Motto ‚Wer keine Asylwerber nimmt, bekommt auch keine Förderung‘ weise ich zurück.“

Johannes Tratter, ÖVP
(Gemeindeferent)

delastenausgleichsfonds (GAF). Dort liegen 100 Millionen Euro, die Tratter als zuständiger Landesrat verteilt, das aber die Bürgermeister und Gemeindeverbandschef Ernst Schöpf als „ihr Geld“ bezeichnen. Den Griff der Landesregierung in den Fonds lehnt Schöpf kategorisch ab. „Wenn die Landesregierung jene Gemeinden belohnen will, die Asylwerber aufnehmen, dann soll sie das mit ihrem, also Landesgeld bezahlen.“ Den Umkehrschluss, also jene Gemeinden leer ausgehen zu lassen, die keine Asylwerber aufnehmen, hält Schöpf „für keck“. „Das ist unzulässig, wäre gefährlich und dient der Sache nicht.“

Das Motto „GAF-Mittel gegen Asylplätze und wer keine nimmt, bekommt auch keine Förderung“ weist Tratter vehement zurück. Die Grundausrichtung des Fonds, nämlich einen Ausgleich zwischen ärmeren und reicheren Gemeinden vorzunehmen, müsse erhalten bleiben, lässt Tratter wissen. Wie das Anreizsystem genau aussieht,

1300 Asyl
So viele P

ließ der
lerdings
chend gr
pretation
Das „A
der Bezi

„I
w
Bedar
versta
eine H
wäsch

Siegmun
(BM und

Landeck s
Asylwerbe
bei den Be
besser ber
der stellve
hauptmar
ger. Er ist a
in Zams. D
wer keine a